

Erhard Busek, Österreich - EU - Osteuropa (1997)

Legende: Erhard Busek, ehemaliger österreichischer Vizekanzler und Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa in Wien beschreibt im Jahre 1997 in der Europäischen Rundschau die Reaktionen in Österreich auf die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Osteuropa und betont die historische Verantwortung des Landes gegenüber diesen neuen geopolitischen Gegebenheiten.

Quelle: Europäische Rundschau. 1997, n° 1/1997. Wien.

Urheberrecht: (c) Europa Verlag GmbH

URL: http://www.cvce.eu/obj/erhard_busek_osterreich_eu_osteuropa_1997-de-ae46ae8d-b145-4288-8258-fb3720a4d18e.html

Publication date: 06/09/2012

Österreich - EU - Osteuropa Einige Fragezeichen und ein Rufzeichen

Erhard Busek

Wer durch Europa geht und sich als Österreicher identifiziert, wird wohlwollend immer wieder gesagt bekommen, daß man aus einem Land sei, das ein besonderes Verständnis für den Osten Europas habe, daher auch eine ganz spezifische Aufgabe. Die Sonntagsreden der Politiker waren nach dem Staatsvertrag 1955 auch voll von einschlägigen Phrasen wie »Brücke zwischen Ost und West« und »Drehscheibe Europas«. Die Tatsache, daß einige Ost-West-Begegnungen in Wien stattgefunden haben, Österreich auch ein guter Ausgangspunkt für wirtschaftliche Aktivitäten auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs war, wenn es die Phasen der Koexistenz zuließen, schließlich der Umstand, daß es die österreichische Außenpolitik verstand, sich auch mit den kommunistischen Nachbarn weitestgehend zu arrangieren, hat diese Beurteilung vordergründig auch unterstützt. Auch im kulturellen Bereich gab es einiges, das zur Argumentation herangezogen werden kann. Die Generation der Literaten nach dem Zweiten Weltkrieg etwa führte, wie bei Heimito von Doderer, eine gewisse Rückwärtsbetrachtung in den Tiefendimensionen der Monarchie weiter, wie sie schon nach dem Ersten Weltkrieg das literarische Geschehen des Landes geprägt hat. In dem eigentümlich unkritischen Umgang mit sich selbst hat es Österreich verstanden, ohne Schmerzen sich jener zu bemächtigen, die als Abgesang eines größeren Reiches und einer geistigeren Zeit diese »Welt von gestern« beschworen. Auf das schreckliche Schicksal von Stefan Zweig, Sigmund Freud, Joseph Roth, Franz Werfel zwischen den beiden Kriegen hatte man völlig vergessen, um locker jene Rendite der Anerkennung einzustreifen, die das gewaltige Werk des Abgesanges von Wien um 1900 bedeutete. Für wenige Sekunden der Geschichte war eben diese Stadt an der Donau Welthauptstadt des Geistes gewesen - ein Umstand, der erst in den achtziger Jahren in Forschungsarbeiten, Ausstellungen und Büchern wirklich in Österreich bearbeitet wurde. Die Vertreibung der jüdischen Intelligenz, die Zerstörung der Kultur durch Arbeitslosigkeit, Bürgerkrieg und Nationalsozialismus und der unerbittliche Kampf der politischen Lager wurde hierzulande übersehen. Man kann zu diesem Vorgang stehen wie man will, er hat viel Problematisches an sich - er hat aber Österreich geholfen, seine heutige Position zu festigen. Es mag eigenartig erscheinen, aber auch die Causa Waldheim hat hier bei aller Problematik auch eine sehr nützliche Funktion gehabt. Der gesamte Vorgang mag in Europa den Eindruck erweckt haben, daß sich die Österreicher ihrer europäischen Dimension bewußt sind. Um ehrlich zu sein: es ist eine dünne Schicht von Wissenschaftlern und Intellektuellen, generationsmäßig im Pensionsalter, die überhaupt noch damit umgehen kann. Die Österreicher selber sind von ihrer Existenz am Rande der freien Welt nach 1945 geprägt und haben bis 1989 in einem erheblichen Ausmaß alles, was auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs lag, vergessen. Die immer wieder von Politik und Wirtschaft verlangte Westorientierung wurde durchgeführt, wenngleich auch mit dem landesüblichen Zögern, denn die Neutralität war ja ein gutes Argument, manchem fernzubleiben, wie etwa der EWG und der NATO.

Differenzierter Umgang mit dem „Osten“

Mit den regionalen Erschütterungen ging man hierzulande ganz gut um: Der Ungarnaufstand 1956 zeigt einen beachtlichen Charakter der damaligen Regierung und Hilfsbereitschaft einer Bevölkerung, die selbst eben erst aus dem Elend gekommen war und die eigene Freiheit zu schätzen wußte - um so mehr hätte man sie den Ungarn vergönnt. 1968 wurde schon vorsichtiger bewältigt, zum einen, weil man sich wirklich fürchtete, zum anderen, weil traditionell in den Genen der Bevölkerung das Verhältnis zum tschechischen Nachbarn anders programmiert war als zu den Magyaren. Als das Kriegerrecht in Polen ausbrach, manche Flüchtlinge und viele Arbeitsuchende ohne Visum in Österreich einreisten, war die Großzügigkeit bereits geringer. Man beschäftigte zwar die Polen für niedere Dienste, aber gleichzeitig bauten sich Elemente der Ablehnung auf, die heute im Umgang mit dem Fremden noch deutlicher entwickelt wurden.

Daneben gab es aber auch einige Ausnahmen, vor allem in der Wissenschaft und in den Medien, im literarischen Betrieb und in der Kunst, die die Signale der intellektuellen Dissidenten auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs wohl verstanden haben. Eine Zeitlang hieß die Chiffre »Mitteleuropa« als Metaebene der kulturellen Gemeinsamkeit, die politisch von unterschiedlichen Systemen verhindert wurde. Das trug abermals dazu bei, uns in der Nachbarschaft einen guten Ruf zu verschaffen. Der Dialog der

Paulusgesellschaft vor dem Prager Frühling, Zeitschriften wie die »Europäische Rundschau«, »Furche« und »Pannonia«, die Tätigkeit der Österreichischen Gesellschaft für Literatur und tapfere Leiter österreichischer Kulturinstitute in diesen Ländern haben Kapital für Österreich angehäuft, das nicht nur in der Wertschätzung des Landes Zinsen trug, sondern auch dazu angetan war, historische Vorurteile abzubauen. Ein besonderes Verdienst hat die Wiener Geschichtswissenschaft, die es verstanden hat, durch Historikerkommissionen mit den Nachbarländern Ergebnisse eines Vorurteilsabbaues zu erzielen, wobei dies allein nicht auf den Osten beschränkt war, sondern auch etwa gegenüber Italien von fundamentaler Bedeutung ist.

In der österreichischen wie europäischen Landschaft gab es aber auch dazu eine Reihe von kräftigen Mißverständnissen. Einige Traditionalisten unter den Linken witterten Restaurationsideen in Richtung Monarchie, andere muntere Spätachtundsechziger vermuteten einen katholischen Integralismus am Werk, Vertreter der Industrie fürchteten eine Ostanfälligkeit, die als Argument gegen den erwünschten EG-Beitritt eingesetzt werden könnte. Dazwischen gab es eine große Zahl politisch Handelnder, die sich einfach mit den kommunistischen Systemen in der Nachbarschaft abfinden wollten und bedenkenlos jede Hand von Regierungsmitgliedern schüttelten, die meilenweit von der Akzeptanz der Menschenrechte entfernt waren. In Sachen China ist das heute noch schlechte Sitte. Kompensatorisch hat es in dieser Zeit eine reiche Landschaft an Aktionen gegeben, wie es etwa die Helsinki-Föderation, der »Club pro Wien«, »Amnesty International« und einige wenige christliche Gewerkschafter waren. Die Dissidentenbewegung Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns und mancher Teile Jugoslawiens erfuhren durch sie ebenso eine Unterstützung wie jene, die aus der Sowjetunion heraus durften, konnten und mußten. Das wurde von den Machträgern des Ostens halbwegs toleriert, da offensichtlich ihre Spionagedienste eine ebensolche Freiheit in Österreich genossen. Es gab auch beherzte Repräsentanten, wie Kardinal Franz König oder ÖRF-Generalintendant Gerd Bacher, die wieder im Westen den Eindruck vermittelten, daß ganz Österreich tapfer dem Druck des Ostblocks hinsichtlich der Meinungsfreiheit widerstehe. Aus eigener Erfahrung aber weiß ich, daß bei den Mächtigen des Landes dieses Engagement auf begrenztes Verständnis gestoßen ist, weil es nur Proteste der Nachbarn der Regierungen erzeugte, man der Ablöse des Kommunismus ohnehin keine Chance gab, Märkte damit gefährdet sah oder - wie mir einst ein österreichischer Botschafter in Budapest erklärte - »mit der Unterstützung von Dissidenten nur der Position Österreichs geschadet werde«.

1989: Achsenjahr der Existenz Österreichs in Europa

Dieses »annus mirabilis« wird für spätere Geschichtsschreiber auf jeden Fall ein Schlüsseljahr der Befindlichkeit Österreichs in Europa darstellen. Nach langen mühevollen Diskussionen waren die Koalitionspartner der Bundesregierung zögerlich, aber doch bereit, der Europäischen Gemeinschaft beitreten zu wollen - ein alternativloser Schritt angesichts der wirtschaftlichen Verflechtung, der Bindung des Schillings an die Deutsche Mark und der sich mehr und mehr abzeichnenden Europäisierung, ja Internationalisierung und Globalisierung der politischen Vorgänge. Dieser Schritt war das Ergebnis einer kalkulierbaren Entwicklung - der Zerfall des Sowjetblocks und das Niederreißen des Eisernen Vorhanges im gleichen Jahr nicht. Österreich war sich in der Öffentlichkeit dieser Entwicklung sehr wenig bewußt. Daß etwa Staatengebilde wie Jugoslawien und die Tschechoslowakei, die aus der Konkursmasse der Monarchie gebildet wurden und keineswegs dem von Woodrow Wilson vertretenen Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprachen, auseinanderfielen und damit die Befindlichkeit Österreichs veränderten, war überraschend und ist es bis heute geblieben.

Mit Erleichterung nahm man das Verschwinden des Eisernen Vorhanges zur Kenntnis, und für eine kurze Zeit war sogar eine gewisse Begeisterung zu verzeichnen, daß man endlich wieder Nachbarn habe, wo früher tote Grenze war, führte nicht nur zu Hoffnungen, sondern auch zu spontanen Aktionen, die bald einem Alltag wichen, der mehr von Skepsis und Distanz gekennzeichnet war. Vordergründig fühlte man sich von katalysatorlosen Autos belastet, beklagte das Hereinströmen von Arbeitskräften, fürchtete große Flüchtlingsströme (10 Millionen Russen sollten nach den Schlagzeilen eines Kleinformates bereits jetzt Europa überschwemmt haben) und kultivierte wenigstens in der öffentlichen Meinung so manches alte Vorurteil, um sich gleichzeitig von ärmeren Nachbarn bedienen zu lassen bzw. den Unterschied in der Kaufkraft der Währung dazu zu nutzen, jenseits der Grenze gut und in Saus und Braus zu leben und so manches wegzukaufen.

Eines war Österreich mit den anderen Westeuropäern gemeinsam: eine Strategie im Umgang mit dieser neuen Situation gab es nicht. Auf der positiven Seite muß verzeichnet werden, daß in einem überraschend hohen Ausmaß österreichische Unternehmen bereit waren, über die Grenze zu investieren und sich zu engagieren, ohne daß es dafür die landesüblichen Förderungen gab. Auch im Bereich der Wissenschaft hat sich so manch alte Partnerschaft von Universitäten wiederbelebt und viele neue Gemeinsamkeiten geschaffen. Einige hundert junge Lektoren haben bisher ihre Erfahrung angesichts von politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen gewinnen können, auf die sie nicht vorbereitet waren - das gibt auch Hoffnung für die Jugend. In der Politik versuchten einige wenige, diese Chance für Österreich zu nutzen, um sehr bald unter den Verdacht zu kommen, die Monarchie wieder entdecken zu wollen (Kritik aus den Reihen der SPÖ), auf den notwendigen Weg zum Westen zu vergessen (Kritik aus ÖVP und Wirtschaft) oder mehr Macht in der Region gewinnen zu wollen, wie dies unverblümt westeuropäische Regierungen angesichts des Zerfalls von Jugoslawien Österreich nachgesagt haben. Hier kamen alte Bilder auf, die im wesentlichen von den Vorstellungen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg geprägt waren. Wenn sie in den westlichen Medien verwendet werden, wundert es nicht, wenn das aber befreundete Regierungen tun, wird die Angelegenheit bedenklicher. In dieselbe Zeit fallen die Verhandlungen um den EU-Beitritt, die mit der nebenbei ausgesprochenen Sorge verbunden waren, daß durch den Beitritt Österreichs nur Deutschland stärker werde. Auf jeden Fall aber ist der Beitritt der skandinavischen Staaten und unseres Landes noch nach einem alten Denkschema europäischer Integration erfolgt, das für kommende Beitritte nicht mehr anwendbar ist.

Veränderung im Osten

Zunächst muß einmal festgestellt werden, daß die Veränderungen im Osten schon damit beginnen, daß man nicht nur undifferenziert von West und Ost reden kann. Prag liegt immerhin um einiges weiter westlich als Wien, die Ungarn zu Osteuropäern stempeln zu wollen, wird ihnen nicht gerecht und außerdem versteht jeder, daß der Begriff Osten ja eine herabmindernde Bedeutung hat. Es war also geographisch zu differenzieren, wobei allein schon die Diskussion, ob man Mittel- oder Zentraleuropa sagt, heute Heiterkeit erregen muß. Im Englischen und Französischen gibt sich diese Frage überhaupt nicht und bei Verwendungen von »Mitteleuropa« denken nur jene an Friedrich Naumann, die nach einem Argument suchen, ein Eintreten Österreichs und im weiteren Sinne Deutschlands für seine Nachbarn verhindern zu wollen. Man mußte die Geographie auch in anderer Hinsicht neu lernen, denn plötzlich wurde vieles nah, was früher fern gewesen ist. Die Ereignisse in Bosnien und Kroatien haben das auch auf eine schmerzvolle Weise bewußt gemacht.

Der Lernprozeß beschränkte sich aber auch nicht auf die Geographie allein, sondern verlangte ein tüchtiges Stück Nachhilfeunterricht in Geschichte. Rund um den Zerfall Jugoslawiens wurde das sichtbar, als alle im Westen Europas besser wußten: daß es die behaupteten Unterschiede der einzelnen Republiken untereinander nicht gebe; ja ein belgischer Vizepremier verstieg sich sogar nach einer längeren Diskussion mit mir um die Anerkennungsfrage zu der Feststellung, daß dort ohnehin alle »jugoslawisch« sprechen. Ich habe ihm darauf geantwortet, daß wahrscheinlich in Belgien auch alle belgisch reden. Gerade die Vorgänge um Jugoslawien haben Österreich einige Verdachtsmomente mehr in Sachen Osteuropa beschert. Einerseits wollte man Österreich nicht mit Balkanfragen befassen, weil es durch Hitler ein Kriegsteilnehmer mit unangenehmen Erinnerungen war, zum anderen aber begann man gerade dabei ein Überdenken der österreichischen Neutralität einzumahnen.

Dieser Prozeß wird auch noch durch die Tatsache akzentuiert, daß so gut wie alle Nachbarn ihre neugewonnene Freiheit dazu nutzen, nicht nur einen raschen EU-Beitritt einzumahnen, sondern auch die NATO durch die Bereitschaft eines Beitrittes in Verlegenheit zu bringen. Damit kommt Österreich unter Druck. Mit Recht sagen einige dieser Nachbarn, daß man ihnen die EU-Mitgliedschaft nicht verweigern könne, wenn man zum Unterschied von Österreich bereit sei, der NATO beizutreten. Die Ratlosigkeit ist aber auch auf Seiten der NATO, weil die Bipolarität mit dem Warschauer Pakt nicht mehr existiert, Rußland mitsprechen will, das Sicherheitsvakuum in der Mitte und im Osten Europas aber eine Antwort verlangt. Erschwert wird das auch durch den Paradigmenwechsel der Krisen an sich: Die durch lange Jahrzehnte bestehende Gewißheit, daß die nächsten kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und sonstwo ein Atomkrieg sein müsse, wird durch die internen Konflikte am Balkan und in Rußland dahingehend korrigiert,

daß die Bedrohungen des Friedens heute aus dem Inneren kommen. Der von Sam Huntington angesagte »clash of civilisations« kann nämlich für keinen der bisherigen Konflikte (Bosnien, Kroatien, Tschetschenien, Armenien, Georgien etc.) herangezogen werden.

Auch das Erscheinen von »postkommunistischen« Parteien hat die Beitrittswünsche unserer Nachbarn nicht verändert. Der Transformationsprozeß ist irreversibel, das Wiederauftauchen von Angehörigen der ehemaligen Nomenklatura vielmehr dadurch zu begründen, daß die Dissidentenpolitiker den phantastischen Mut besaßen, um gegen die primitive Macht des auslaufenden Kommunismus einzutreten, aber keine routinierten Administratoren einer Gesellschaft sind, die in einer Umwandlung zu Demokratie und Marktwirtschaft steht. Gerade aber die jüngsten Ereignisse in Rumänien und Jugoslawien zeigen, daß die Entwicklung noch im Fluß ist und eine »civil society« vor allem durch die ökonomische und politische Beständigkeit eines Mittelstandes in den Gesellschaften dieser Länder erst gewonnen werden muß. Zu sehr führen die kritischen Berichte in den Medien dazu, ein Gefühl zu vermitteln, daß wir von einer Krise zur nächsten gerade in den Regionen Ost- und Südosteuropas torkeln. In Wirklichkeit muß gesagt werden, daß in der Geschichte die Zusammenbrüche großer Reiche immer dazu führen, daß es zu großen kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Das war bis jetzt nicht der Fall. Österreich muß einer der ersten Interessenten sein, einen solchen Konflikt zu verhindern. Die gegenwärtig politisch Handelnden glauben dies allerdings mehr durch Wegsehen als durch Hinsehen erreichen zu können. In der Bundesregierung gibt es keine wie immer geartete Aktivität, solche Initiativen in der EU selbst in die Hand zu nehmen. Die Hilfsmaßnahmen gegenüber den östlichen Nachbarn werden gekürzt, ja bisweilen sogar eingestellt, auch bei den Aktivitäten des Ostfonds ist nicht unbedingt System zu erkennen. Vielmehr hat man den Eindruck, daß da und dort versucht wird, Horchposten in Nachbarländern zu etablieren, so als wollte man unsere Innenpolitik in ihrer unerfreulichen Ergebnislosigkeit auch im Ausland fortsetzen.

Die Präsidentschaft Österreichs in der EU im zweiten Halbjahr 1998 fällt in eine kritische Zeit, die die ersten Verhandlungen der Beitrittswilligen aufweisen wird. Damit wird das Klima bestimmt, zählen doch die österreichischen Nachbarn noch zu jenen, die am ehesten beitriffähig sind. Bis auf ein paar Ehrenrunden hat die österreichische Politik noch nicht besondere Anstalten gemacht, sich als ein engagierter Nachbar und Dolmetsch der Interessen der Transformationsländer zu zeigen. Einige Testläufe für die Anwendung des Schengener Vertrages haben etwa in Ungarn sogar dazu geführt, daß man von einer Abwendung Österreichs spricht. Wenngleich auch auf Beamtenebene ordentlich gearbeitet wird, viele Ratschläge den Nachbarn gegeben werden, ist bis jetzt der entscheidende politische Druck noch nicht zu spüren. Zu sehr antizipiert man die Einwände, die etwa Spanien, Portugal oder Italien haben könnte. Österreich braucht aber darauf nicht besonders einzugehen, denn das werden diese Länder wohl schon selbst vorbringen, was da an Problemen gesehen werden kann.

Vor allem aber müßte Österreich dafür eintreten, die beitriffähigen Länder nicht alle in einen Topf zu werfen. Wenn man die bisherige Integrationstechnik verfolgt, werden immer Körbe gebildet, wie dies etwa beim Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks sowie beim ersten Anlauf Norwegens der Fall war. Ebenso ging man im Mittelmeerraum vor, um letztlich 1994 mit Schweden, Finnland, Österreich und wiederum Norwegen die gleiche Technik zu wählen. Geht man diesmal wieder diesen Weg, ist die Gefahr sehr groß, daß die Durchsetzung des Beitritts einzelner Staaten zum Prestigethema der EU-Mitglieder wird. Bei Zypern zeichnet sich das für Griechenland bereits ab, bei den Baltischen Staaten ist insbesondere Schweden auf Lettland erpicht, während es auch durchaus Erpressungsmanöver geben kann, die zu umgekehrten Resultaten führen. Bei der Assoziierung Sloweniens hat Italien bereits ein solches Testrennen gelaufen.

Dabei sitzt der Teufel ohnehin im Detail: die Landwirtschaftsquote ist zwischen Polen und Tschechien ungeheuer unterschiedlich, die Probleme mit dem Kohäsions- und Regionalfonds werden beträchtlich sein, weil sich die bisherigen Nutznießer wohl kaum gerne in die ohnehin schwächer ausgestatteten Futterträge teilen wollen. Auch die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung wird einiges an Problemen aufgeben. Tschechien kann zwar mit Recht sagen, die Maastrichtkriterien zu erfüllen, doch ist die soziale Sprengkraft infolge eines noch nicht abgeschlossenen Übergangs einer fraglichen Privatisierung sehr groß. Andererseits aber muß gerade Österreich dafür sein, seine Nachbarn bald zu integrieren, da ansonsten die Lohnunterschiede weiter dazu führen, daß österreichische Betriebe über die Grenze abwandern bzw. neue

gar nicht errichtet werden.

Ebenso wird in dem absehbaren Zeitraum die Versuchung sehr groß sein, entweder anstelle des EU-Beitrittes die NATO anzubieten oder umgekehrt. Die Sicherheitsfrage kann aber wohl kaum von der Integrationsfrage auf die Dauer getrennt bleiben. Es hieße die Globalisierung nicht nur im Bereich der Märkte oder der Medien, sondern der gesamten Lebensentwicklung auf unserer Welt unterschätzen und die Interdependenz ignorieren, wenn sich die Regierungen einem großen Wurf verschließen. Die Gefahr dieser Verweigerung ist sehr groß, weil eben die neuen Wirklichkeiten auch nur sehr zögernd zur Kenntnis genommen werden. Darin unterscheidet sich Österreich in keiner Weise von der großen Zahl der übrigen Mitglieder der Europäischen Union. Mit Recht wird daher die Frage gestellt, ob die EU überhaupt diese Herausforderung überleben kann. Tut sie es nicht, gelingt ihr die Perspektive zur »finalité d'Europe« nicht, dann ist die Gefahr sehr groß, eine Entwicklung einzuleiten, in der Teile Europas von politischen Kräften außerhalb des Kontinents gesteuert werden. Das kann aber das Interesse des an der Ostgrenze der EU liegenden Österreichs nicht sein. Österreich muß daher der Motor der Osterweiterung sein - ein Rufzeichen als Antwort auf die vielen Fragezeichen.

Die wirklichen Herausforderungen kommen erst

Man würde wesentliche Aspekte der Problemlage zwischen Österreich, EU und Osteuropa vernachlässigen, wenn man den Sprengstoff der Minderheitenfrage und die hochgespielte Dynamik der nationalen Identität vergißt. Es handelt sich dabei nicht um einen Neonationalismus, sondern um ein Auftauen jener Fragen, die insbesondere durch den Kommunismus, aber auch durch die Ost-West-Teilung im Eiskasten der Geschichte gewesen sind. Da liegt aber nicht der eigentliche Grund für aktuelle Konflikte; ethnische Fragen wurden vielmehr von populistischen Kräften benutzt, um sie für ihre Interessen zu instrumentieren.

Viel grundsätzlicher sind aber geistig-kulturelle Spannungsfelder, deren sich Europa in der besonderen Formation der EU unter Einschluß Österreichs noch nicht bewußt ist. Die unterschiedliche Auffassung von Politik und Kultur, Leben und Gesellschaft in den von der Orthodoxie geprägten Räumen des Kontinents sowie der bis heute noch nicht begonnene Dialog mit dem Islam stehen zur Behandlung an. Die Welt der Aufklärung ist in Europa nur partiell bis in den Osten vorgedrungen. Wir führen immer nur das Gespräch mit jenen in Rußland, die westlich orientiert sind. Eine Lektüre von Tolstoi, Dostojewski, von Berdjajew und Solschenizyn ergibt allerdings eindeutig, daß andere Wurzeln in diesem Raum mächtiger sind. Tragischer noch ist die Tatsache, daß infolge des europäischen Versagens in Bosnien radikalere Positionen im Islam eine Chance erhalten, das zu tun, was ohnehin vorauseilend immer behauptet wurde, nämlich daß der Islam eine Gefahr für die westliche Welt sei. Hat in Österreich die verfaßte Politik, die Wissenschaft und die Publizistik, das Geistesleben und die Kultur die ungeheure Herausforderung der Situation, aber auch der geopolitischen Lage Österreichs begriffen? Karl Schmid hat einmal für die Schweiz konstatiert, daß es sich um eine »durch Neutralität verstärkte Schicksalslosigkeit« handle. Österreich läuft in Gefahr, diese Position zu übernehmen, anstelle die Chancen zu begreifen, die es zweifellos hat, obwohl es ein kleines Land ist. »Europäische Perspektiven« wären zur Zeit gefragt - man muß sie aber auch wollen. Welche Rolle sollte das kleine Österreich in der kontinentalen Neuordnung angesichts der Globalisierung sonst spielen?